



DEUTSCHLAND. DIGITAL. 2030.

ECKPUNKTE FÜR EINE DIGITALE ZUKUNFTSSTRATEGIE.

Eingereicht von: Wirtschaftsforum der SPD e.V., zusammen mit Senior Fellows Network (SFN)

Executive Summary

Digitalisierung ist eine ökonomische, gesellschaftspolitische und technologische Realität. Sie verändert unser Leben, unsere Arbeit, unsere Kommunikation und unsere Geschäftsmodelle grundlegend und wird über die Zukunft und Wettbewerbsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft wesentlich mitentscheiden und diese prägen. Es bedarf eines klaren Ordnungsrahmens, des Aufbaus leistungsfähiger Infrastrukturen, der Förderung und Unterstützung datengetriebener Geschäftsmodelle, einer klaren Strategie für die Industrie 4.0 und der Entwicklung digitaler Schlüsseltechnologien und -kompetenzen, um Souveränität und Resilienz des Wirtschaftsstandortes und seiner Beschäftigten zu stärken. Digitalisierung entscheidet wesentlich über die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten, Unternehmen und die Innovationskraft und Leistungsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Unternehmen.

Leistungsfähige digitale Infrastrukturen schaffen

Leistungsfähige Infrastrukturen sind die Voraussetzung für erfolgreiche und leistungsfähige Wirtschaftsstandorte. Das gilt auch und insbesondere für die digitale Infrastruktur.

- Eine gute Koordination des Ausbaus schließt zudem dringend zu konzipierende Priorisierungsmechanismen nach dem worst-first-Prinzip ein.
- Neben privatwirtschaftlichen Investitionen staatlichen Fördermittel in besonders unwirtschaftlichen weiße Flecken-Regionen einzusetzen, ist richtig. Daher sollte die neue Bundesregierung ein Investitionsprogramm bis zum Jahre 2030 vorlegen.
- Für ein resilientes Netz braucht es auch einen Technologiemix. IN der Übergangsphase des Glasfaserausbaus müssen wir auf funkbasierte Technologien wie Mobilfunk und Satelliteninfrastruktur zurückgreifen, um die digitale Teilhabe zu ermöglichen.
- Ein wichtiger Baustein zum Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur ist der Mobilfunk. Um die Investitionsmöglichkeiten der Telekommunikationsunternehmen zu sichern und zu erhalten, sollten die Frequenznutzungsrechte verlängert sowie zukünftige Auktionen ausgesetzt und stattdessen Vergabeverfahren mit weiteren Flächenfrequenzen eingesetzt werden.
- Langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen nicht nur für den Ausbau der Energieinfrastrukturen, sondern auch für die digitalen Infrastrukturen drastisch verkürzt werden.



- In Deutschland sollte ein systematisches Monitoring und eine Evaluation globaler technologischer Entwicklungen aufgesetzt und daraus Konsequenzen für die Forschungsförderung in Schlüsselbereichen abgeleitet werden. Dazu müssen unterschiedliche Kompetenzen zusammengeführt werden, aus Politik, Wissenschaft und Unternehmen.
- Die Kompetenzen in der Bundesregierung beim Thema Digitales müssen klar strukturiert werden. Dazu wird ein Digitalkabinett unter Leitung des Bundeskanzlers eingerichtet.

Schlüsseltechnologien und -kompetenzen sind Voraussetzungen für digitale Souveränität und Resilienz

Digitalisierung als Basis-Innovation wird wesentlich von digitalen Schlüsseltechnologien getragen, deren Bedeutung in den nächsten Jahren zunehmen wird.

- Das Volumen eines staatlichen Zukunfts- und Innovationsfonds muss eingerichtet und in den nächsten Jahren deutlich ausgebaut werden. Dieser Fonds hat die Aufgabe, Innovationen und Zukunftstechnologien zu fördern.
- Die Konzeption einer europäischen High-Tech-Börse muss gemeinsam mit Partnern angegangen werden, um den Innovationsstandort Europa zu fördern.
- Die Bürokratisierung der Forschung muss beendet werden. Praxiserfahrungen müssen endlich ernst- und aufgenommen werden.
- Die Bundesagentur für Sprunginnovationen muss gestärkt und von ihren bürokratischen Fesseln befreit werden. Das betrifft die Rekrutierung von Personal, deren Vergütung sowie die Möglichkeiten von Allianzen und Partnerschaften mit Dritten.
- Das Dienstleistungskonzept der DATI muss ausgeweitet werden. Alle Hochschulen sollten Zugang bekommen; eine Aufteilung in kleinere und mittlere Hochschulen ist konterproduktiv.
- Die Bundesregierung sollte eine industriepolitische Strategie für digitale Schlüsseltechnologien definieren und durch entsprechende Mittel fördern.
- Den bestehenden Rahmen der Important Projects of Common European Interest gilt es auszubauen und zu entbürokratisieren.
- Die Governance digitaler industriepolitischer Projekte auf europäischer Ebene muss vereinfacht werden.
- Die kritischste Phase für Start-ups in Deutschland liegt nicht im Pre-Seed oder Seed-Bereich, sondern in der Wachstumsphase. Der Zugang zu Venture Capital muss vereinfacht und weitere Beteiligungsmöglichkeiten unterstützt werden.
- Bestehende Forschungsförderung muss stärker um den Aspekt des Technologietransfers erweitert werden. Eine Zusammenarbeit staatlicher und privatwirtschaftlicher darf kein Tabu sein.



Rahmenbedingungen für eine leistungsfähige Datenwirtschaft etablieren

Die Nutzung von Daten ist ein Treiber und Innovationsmotor im Rahmen der Digitalisierung. Dadurch können neue technologische Entwicklungen und Geschäftsmodelle entwickelt werden. Die Ökonomie der Zukunft ist eine Datenwirtschaft.

- Es braucht eine Vereinheitlichung bestehender rechtlicher Vorgaben, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sowie das Schließen von rechtlichen Lücken, insbesondere hinsichtlich der Pseudonymisierung und Anonymisierung von Daten.
- Globale Unternehmen brauchen endlich Klarheit über den internationalen Datentransfer nach dem Schrems-II-Urteil und dem Ende von Safe Harbour.
- Die Schaffung von Datenräumen ist erfolgskritisch.
- Der Staat sollte seine Vorbildfunktion wahrnehmen und eigene Datenlabore aufbauen.

Wir brauchen eine Vereinheitlichung der Datenpolitik in Deutschland. Der zum Teil vorhandene Dualismus bei rechtlichen Bewertungen von Bundesdatenschutzbeauftragten und einzelnen Landesdatenschutzbeauftragten muss beendet werden.

Cybersicherheit stärken und ganzheitlich etablieren

Mit zunehmender Digitalisierung steigt das Risiko für Cyberangriffe überproportional, mit immer höheren Folgekosten – laut Berechnungen der bitkom beträgt der jährliche Gesamtschaden 223 Milliarden Euro.

- Es bedarf eines konsistenten, innenpolitischen Rechtsrahmens, in dem Kompetenzen und Kapazitäten länderübergreifend einheitlich ausgestattet sind und eine Bündelung der Ressourcen erlauben, um eine effizientere und wirksamere Antwort auf Cyberkriminalität entwickeln zu können.
- Innerhalb der EU darf es keine nationalen Alleingänge geben. Um Europa, seine Bürger:innen und Unternehmen zu schützen, braucht es eine ganzheitliche Strategie und widerspruchsfreie Anforderungen.
- Die Stärkung der Cyberresilienz und Investitionen in die Informationstechnik sollen durch Förderinstrumente wie Investitionszulagen oder Abschreibungsmöglichkeiten bei der Steuerlast unterstützt werden.
- Der digitale Verbraucherschutz muss daher gestärkt und Bürger:innen in ihrer Medienkompetenz geschult sowie stets über aktuelle Trends in Angriffsversuchen informiert werden. Bündnisse wie „Deutschland sicher im Netz“ sollen gestärkt werden.



Verwaltung digitalisieren und modernisieren

Es bedarf einer funktionsfähigen und modernen Verwaltung, um die digitale Transformation und die Potenziale nutzen zu können. Sie spiegelt die Handlungsfähigkeit des Staates wider. Schafft es die Verwaltung nicht, diesen Anspruch umzusetzen, nimmt nicht zuletzt die Demokratie Schaden daran.

- Das OZG bedarf einer grundlegenden Überarbeitung und Ausrichtung auf Basis eines Plattformansatzes, der zu modernen Angeboten vergleichbar mit marktüblichen Standards führen wird. Notwendig ist eine erhöhte Standardisierung, Skalierbarkeit und Geschwindigkeit sowie Kosteneffizienz auf der Anwendungsseite. Cloud-Technologien müssen intensiver und konsequenter genutzt werden.
- Die Nutzerperspektive muss stärker als bisher berücksichtigt werden. Die Portale von Bund und Ländern müssen verknüpft werden. Notwendig ist zudem ein einziges Nutzerkonto für Unternehmen, das einen bundesweit einheitlichen Zugang zu Service- und Verwaltungsleistungen erlaubt.
- Um ihrem Auftrag der digitalen Daseinsvorsorge gerecht werden zu können, müssen Kommunen entlastet werden. Zentrale Prozesse sollten zentral zur Verfügung gestellt werden.
- Digitalisierung wird bisher als reiner Technikeinsatz in Verwaltungsprozesse verstanden. Dabei wird Bürokratie weder abgebaut noch verschlankt; schlechte Prozesse werden auch digital nicht besser.
- Eine Reihe von Kommunen haben das Instrument einer Digital-Charta für Mitarbeitende entwickelt, um gemeinsam mit Personalräten die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten zu definieren und Anreize für Weiterbildung und Umschulungen auf den Weg zu bringen. Ein solches Instrument sollte flächendeckend in Deutschland eingesetzt werden. Zur Koordinierung und Beschleunigung lösungsrelevanter Aufgaben und Entscheidungen soll eine Digital-MPK unter Leitung des Bundeskanzlers und den Ministerpräsident:innen sowie Vertreter:innen des Städte- und Gemeindebundes und des Städtetags eingebunden werden.
- Ferner ist eine Koordinierungsstelle einzusetzen, die das Monitoring, die Evaluierung und Kontrolle des Modernisierungsfortschritts misst und konkrete Zielvorgaben und Meilensteine mit Zeitplänen vorgibt.

Welt im Wandel durch digitale Bildung gestalten

Mit zunehmender Digitalisierung und der Bedeutungszunahme digitaler Geschäftsmodelle verändern sich Tätigkeitsbereiche und Berufsprofile. Dies erfordert neue Qualifikationen und entsprechende Ausbildungsinhalte.

- Es braucht eine umfassende und ganzheitliche Strategie und Bildungsoffensive, die Schulbildung über alle Klassenstufen hinweg, das duale und akademische Ausbildungssystem, Weiterbildung und das Konzept des lebenslangen Lernens neu denkt und gestaltet.



- Eine entsprechende technische Ausstattung der Bildungseinrichtungen ist Voraussetzung.
- Schüler:innen sollten frühestmöglich ans Programmieren und MINT-Themen herangeführt werden.
- Lerninhalte an Berufsschulen müssen nach den Erfordernissen einer digitalen Wirtschaft ausgerichtet sein.
- Technologische (Grund)Bildung ist berufsgruppenübergreifend notwendig. In Hochschulen muss ein interdisziplinärer Ansatz etabliert werden.
- Eine Klassifizierung der zu Weiterbildung Berechtigten führt zu einer wachsenden Asymmetrie und sozialen Spaltung und muss unbedingt verhindert werden. Zulassungsverfahren zu Weiterbildungsangeboten sollten demnach flexibilisiert werden. Es braucht einen proaktiven, auf kontinuierliche Weiterbildung setzenden Ansatz.
- Das Konzept der Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren soll ausgebaut werden, um als regionale Anlaufstellen Weiterbildung on the job anbieten zu können, und so den praxisnahen Bezug zur Digitalisierung zu ermöglichen.
- Lehrkräften kommt im Rahmen der Umsetzung der Bildungsoffensive die zentrale Rolle zu. Die aktive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Aspekten der digitalen Transformation und die didaktisch-pädagogische Nutzungsweise digitaler Medien muss bereits im Studium vermittelt werden.

Digitalen Binnenmarkt als Ordnungsrahmen vorantreiben und klare Rahmenbedingungen für Plattformen entwickeln und umsetzen

Jegliche Bemühungen einer deutschen Digitalstrategie können nur dann erfolgreich sein, wenn sie konzeptionell in einen europäischen digitalen Binnenmarkt eingebettet sind und dessen Entwicklung stärken und beschleunigen.

- Damit Deutschland und Europa digital wettbewerbsfähig werden, bedarf es eines Ordnungsrahmens, welcher vom Wettbewerbsrecht über die Regulierung von Plattformen bis hin zu Datenteilungs- und Datennutzungsfragen praxisnah und innovationsfreundlich ausgestaltet ist. Grundsätzlich steht europäische Digitalpolitik zu sehr im Modus des „Verhinderns“ als das des „Befähigens“. Über Negativ-Regulierung werden Anwendungsfälle ex ante verboten oder ex post versucht, „einzufangen“.
- Der Digital Markets Act (DMA) bildet eine wichtige Voraussetzung, um Gatekeeper auf digitalen Plattformen gezielt zu adressieren und damit bestehenden ungleichen Zugang und Wettbewerbsnachteile insbesondere von KMUs auszugleichen.
- Es ist im europäischen Interesse, die Forschung und Anwendung von KI zu fördern. Es braucht daher eine klare und enge Definition von KI, die deren Ausgestaltung und Verwendungszweck berücksichtigt und die Verhältnismäßigkeit bei Anforderungen wahrt.



- Das bestehende B2B-Ökosystem muss gestärkt und darf nicht durch die konsumenten-orientierte Plattformregulierung gefährdet werden. Der Fokus der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der Plattformökonomie muss im industriellen Bereich liegen (P2B).
- Europäische Digitalpolitik setzt nicht nur das Regelwerk für den digitalen Binnenmarkt, sondern weltweit Standards und Maßstäbe. Die EU muss den Anspruch haben, der führende Akteur im globalen digitalwirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb zu werden – und mit dem europäischen Weg zu gleich den höchsten Maßstab an Bewahrung der Bürgerrechte im digitalen Zeitalter zu setzen.

Fortschritt braucht Mut

- Deutschland braucht eine digitale Transformations-Allianz aus Mitgliedern der Bundesregierung, Digital- Unternehmen, Industrie, Mittelstand und Wissenschaft, in der die digitale Zukunft erörtert, koordiniert und durch abgestimmte Maßnahmen vorangetrieben wird.
- Einrichtung eines einheitlichen Digital-Budgets im Bundeshaushalt, um Doppel- und Mehrfachförderungen zu vermeiden und eine konsistente Finanzierung sicherzustellen.
- Der im Koalitionsvertrag festgelegte Digital-Check bei Gesetzgebungsverfahren muss konsequent angewandt und umgesetzt werden.